

## **Rede von Urban Mangold**

### **Vorsitzender der ÖDP Niederbayern, Bezirksrat, Zweiter Bürgermeister der Stadt Passau bei der Mahnwache am 11. März 2016 am Passauer Ludwigsplatz zum 5. Jahrestag der Atom-Katastrophe von Fukushima**

Liebe Freundinnen und Freunde einer atomkraftfreien Zukunft,

alle über 50-Jährigen unter uns können sich wahrscheinlich noch sehr genau erinnern:

Vor 30 Jahren wurden wir nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl in Deutschland Zeuge eines Krisenmanagements, das sich zumindest in mein Gedächtnis eingeprägt hat: Atomkonzerne, die beteuerten, dass so etwas bei uns nicht möglich wäre und den damals zuständigen Minister Zimmermann, der erklärte: Eine Gefährdung der deutschen Bevölkerung durch die Katastrophe sei "absolut auszuschließen".

In unserer heutigen Kommunikationsgesellschaft wäre eine Täuschung der Bevölkerung wohl schneller an den Pranger gestellt als damals in den 80er Jahren. Aber die Konzerne würden wieder alles aufbieten, um die Wahrheit so lange wie möglich zu unterdrücken – so wie noch heute in Fukushima, wo man versucht, die Menschen mit Falschinformationen ruhig zu stellen. Fünf Jahre nach dem Super-GAU ist noch immer für viele Menschen eine Rückkehr in ihre Heimat unmöglich. Was einmal Heimat war, ist verstrahlt und unbewohnbar.

Erinnerungsarbeit ist deshalb wichtig: Denn nach einer Atomkatastrophe wäre das Leben in unserem dicht besiedelten Land schrecklich und chaotisch:

- Verstrahlte Bereiche würden von weniger verstrahlten abgeriegelt.
- Eine vollständige Evakuierung ganzer Städte und Landkreise wäre unmöglich.
- Die Menschen wären von einem zum anderen Tag ihrer Lebensperspektive beraubt.
- Eltern wüssten nicht mehr, wo sie nicht verstrahlte Nahrung für ihre Kinder herbekommen sollen.

Deshalb sind wir davon überzeugt: Schon vor Jahrzehnten hätte man die Weichen in Richtung Energiewende stellen müssen. Doch konzernhörende Regierungen haben dies viel zu lange blockiert.

Wir wissen: Es gibt in Deutschland Zeiten mit zu wenig Wind- und Sonnenstrom. Die Lösung kann deshalb nur lauten: Wir müssen die Überschüsse windig-sonniger Stunden dezentral speichern als Vorrat für die Zeiten ohne Wind und Sonne. Dazu brauchen wir dezentrale Stromspeicher.

Der Einwand, dass Stromspeicher teuer seien, ist bekannt. Von alleine werden sie aber nicht billiger. Dieses Problem lässt sich nur mit großen Stückzahlen lösen. Das 1x1 der Marktwirtschaft: Wenn die Nachfrage durch Anreize und Markteinführung kontinuierlich

groß ist, wird die Angebotskapazität erweitert und infolgedessen in großen Stückzahlen günstiger produziert. Das ist nicht Wirtschaftstheorie: Der Siegeszug der Photovoltaik bezeugt, dass es geht, wenn die Weichen richtig gestellt werden. Deshalb frage ich heute am 5. Jahrestag von Fukushima:

- Wo bleiben Markteinführungsprogramme für Kurzzeit- und Langzeitspeicher mit den notwendigen Gewinnanreizen? Die Technik wäre schon da.
- Warum blockiert die Seehofer-CSU die notwendige Fläche für den Ausbau der Windenergie durch unsinnige Abstandregelungen?
- Warum wird nicht wirklich konsequent der Rückbau von Braunkohle- und Steinkohlekraftwerken angepackt im gleichen Maße, wie Solar- und Windanlagen ausgebaut werden? Rückbau zum einen wegen ihrer Klimaschädlichkeit – zum anderen aber auch, damit nicht zwei inkompatible Stromversorgungssysteme gleichzeitig betrieben und bezahlt werden müssen!

Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass den Parteien seit Jahrzehnten von Konzernen und Industrieverbänden die Parteikassen mit Riesensummen vollgestopft werden. Wir kämpfen gegen diesen unerhörten Filz!

Wir kämpfen gegen diesen Filz und fordern:

- Die Atomkonzerne dürfen nicht aus ihrer Verantwortung für den Atommüll entlassen werden. Und ihnen darf schon gleich gar nicht die Atombrennelemente-Steuer erlassen werden, wie es nun vorgesehen ist. Jeder kleine Lehrling, der mit dem Mofa zur Arbeit fährt, zahlt Spritsteuer. Und den Atomkonzernen soll ein Milliardengeschenk gemacht werden. Der Abgeordnete und Generalsekretär Scheuer sollte einsehen, dass das kein Mensch mehr versteht.
- Wir fordern, dass Isar II nicht erst 2022 stillgelegt wird, sondern so schnell wie möglich. Und dass Horst Seehofer nicht nur die Eröffnung von Landesvertretungen in noblen Prager Palais zu Chefsache macht, sondern höchstpersönlich die Prager Regierung vom Schrottreaktor Temelin abbringt. Wir wollen nicht zwischen zwei tickenden Zeitbomben leben müssen.
- Und als Passauer fordern wir eine noch stärkere aktive Rolle der örtlichen Stadtwerke. Obwohl ich für einige meiner Initiativen eine Mehrheit gefunden habe, geht mir das noch viel zu langsam.

JA, es ist ein Teilerfolg, dass wir die eigenen kommunalen Liegenschaften mit Verbund-Wasserkraftstrom aus Österreich versorgen. Dieses Geld bekommt E.ON schon mal nicht mehr. Prima, ein guter Anfang.

Ja, es ist ein Teilerfolg, dass die Stadt dem Vorschlag gefolgt ist und wir uns der Klage der Elektrizitätswerke Schönau gegen die Subventionierung des neuen AKW in Großbritannien angeschlossen haben. Sehr gut, es wird immer besser!

Aber: Mich stört die generelle Beißhemmung der meisten Fraktionen gegenüber dem Atomkonzern E.ON. Da müssen wir viel noch besser werden und dann sind wir auf dem richtigen Weg!

Für ein konkretes Passauer Projekt will ich in zeitnah um eine Mehrheit werben:

Ich will die Idee der bereits angedachten Strom-Bojen nicht aufgeben. Ein schwimmendes Strömungskraftwerk, das unter Wasser, an einem wasserrechtlich und naturschutzfachlich unbedenklichen Standort unterhalb des Inn-Kraftwerkes Ingling Strom erzeugt, ist eine sehr gute Idee. Damit lässt sich die Wasserkraft in unserer Stadt noch besser zu nutzen. Aber es wird leider schon wieder gebremst, weil sich die insgesamt 1,5 Millionen Euro kostenden Bojen laut Stadtwerke-Berechnung erst nach 15 Jahren Betriebsdauer rechnen. Nach 15 Jahren! Das ist doch nichts Außergewöhnliches. Die Atomwirtschaft wird schließlich seit Jahrzehnten subventioniert.

Wenn man mit fünf Strombojen gut 1000 Passauerinnen und Passauer mit wirklich echten und zusätzlich in Passauer erzeugten Ökostrom versorgen kann, dann sind das gleichzeitig mehr als 1000 Menschen, für die die Stadtwerke nicht mehr beim Isar II-Atom-Risiko-Verursacher E.ON einkaufen müssen. Das sollte es uns wert sein“.

Zurück zur großen Politik, liebe Freundinnen und Freunde, und gestatten Sie mir bitte, zum Schluss noch einen etwas weiteren Bogen zu spannen:

Eine Adresse, die Berlins Spitzenpolitiker immer wieder zittern lässt, liegt nicht weit entfernt vom Weißen Haus. In einem riesigen Gebäude der Weltbank hat eines der verschwiegensten und zugleich mächtigsten Schiedsgerichte der Welt seinen Sitz: das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten – eine Paralleljustiz, eine Schattenjustiz, die Urteile spricht „im Namen des Geldes“. Rechtsgrundlage ist u.a. die sogenannte Energie-Charta, eine internationale Vereinbarung für Investitionsschutz bei Energie-Investitionen.

Wir sollten deshalb auch heute bei dieser Fukushima-Mahnwache den Blick erweitern auf die Frage: Was kommt noch alles auf uns zu, wenn auch noch alle anderen Bereiche des Lebens durch internationale Vereinbarungen so geregelt werden, dass Konzerne gegen missliebige Gesetze beispielsweise im Gesundheits- und Verbraucherschutz klagen können.

Bei den Freihandelsabkommen TTIP und TISA geht es um viel mehr als um Chlorhühnchen und den Schutz der Nürnberger Rostbratwürste.

Es geht darum, ob die von uns gewählten Politiker überhaupt noch handlungsfähig bleiben oder ob alle Gesetze unter einem Zustimmungsvorbehalt des internationalen Großkapitals stehen. Dagegen wehren wir uns. Soweit darf es niemals kommen!

Für uns steht fest: Wir verteidigen weiterhin den Vorrang der Politik vor dem Ökonomischen. Wir wollen unseren eigenen selbstbestimmten Weg gehen. Wir wollen uns nicht Energiekonzernen unseren Weg vorgeben lassen. Wir wollen uns den Weg unseres Landes auch nicht von US-Konzernen vorschreiben lassen. Wer das will, braucht nicht zu glauben, dass ihm die Bevölkerung mehrheitlich zustimmt.

Zum Schluss die entscheidende Frage: Warum passiert das alles?

Ich sage: Es ist die sich seit Jahrzehnten zuspitzende Verbindung von Politik und Kapital. Im Kleinen fängt es an: Da gibt es den niederbayerischen Bezirkstagspräsidenten, den der Bezirkstag auf einen schönen Posten im Aufsichtsrat der Bayernwerk-Netz AG entsandt hat – natürlich gegen die Stimmen von ÖDP und Grünen.

Oder ein paar Nummern größer: Schauen Sie unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) in die dort veröffentlichtungspflichtigen Rechenschaftsberichte der politischen Parteien: Schauen Sie nach, wer da wem spendet. Sechsstelle Spenden von Konzernen und Industrieverbänden ...

Jeder Beamte in einem beliebigen Rathaus unserer Republik, der dabei erwischt wird, wie er einen Hunderter annimmt, wird zu Recht einen Kopf kürzer gemacht, weil der gesunde Menschenverstand sagt, dass so etwas nicht ohne die Erwartung einer gewissen Gegenleistung geschieht.

Und ganz oben, dort wo die Gesetze gemacht werden, sind gigantische Geldgeschenke, an der Tagesordnung. Das erklärt vieles in unserem Land. **Das ist Gift für die Demokratie.**

Und in manchen Fällen ist diese Kungelei sogar Gift für den internationalen Frieden. Richtig wütend macht es mich, dass diese gekaufte Politik auch dazu führt, dass deutsche Waffen in allen Krisengebieten der Welt auftauchen und unendliches Leid für unschuldige Menschen verursachen. Gerade in den Ländern, aus denen viele bei uns Zuflucht suchen. Erbärmlich nenne ich so eine Politik!

Dass der jetzige Finanzminister Schäuble schon mal einen schwarzen Geldkoffer vom Waffenschieber Schreiber angenommen hat, das ist ja schon lange bekannt. Aber googlen Sie bitte mal den Begriff „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik“ und schauen Sie wer da drin ist ... Da sitzen Beamte des Verteidigungsministeriums und einige Abgeordnete mit den Rüstungslobbyisten an einem Tisch. Jede gebotene Distanz zwischen Waffenherstellern und politischen Entscheidern geht dabei verloren. Das erklärt, warum man deutsche Waffen in den Krisenregionen der Welt findet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich lebe gerne in diesem Land, mit seinen vielen Möglichkeiten, seiner Kultur und Schönheit. Ich schätze unseren Staat und trete für ihn ein. Ich schätze die funktionierende Verwaltung. Aber:

Es reicht mir nicht, dass alles gut funktioniert: jetzt. Im Augenblick. Für uns. Wir wollen, dass unser Land als erfolgreiche Industrienation vorangeht und beweist, dass man jetzt und in Zukunft gut leben kann, ohne atomare Gefahren zu erzeugen, dass es sich besser lebt, wenn man nicht am Elend anderer Mitschuld trägt. Lasst uns gemeinsam immer wieder dafür eintreten! Dieser Staat ist es wert, dass sich seine Bürger aktiv wehren - gegen Kungelei, Filz und politische Korruption. Wenn das gelingt, wäre es eine gute Voraussetzung dafür, dass die Energiewende nicht nur technisch möglich, sondern dass sie auch wirklich politisch gewollt ist.